

Gewinne

30 Pfennig

Berlin, 17. November 1928

Inhalt:

S u s t a n d

Das Kaleidostop /

Die politische Woche /

Der verlagerte Staat

(Heinrich von Gleichen) /

Der Weg Elfaß-Lothringens

(Dr. Karl Brill) / Die polnische

Hege in Italien (Selmer) / Das

alte Lied und Leid / Deutscher

Snobismus bezahlt den „Figaro“ /

Kahenjammer / Auch eine deutsche

Zeitung! / Eigenartige Sozialisierungs-Ver-

suche / Das Zentrum ist skeptisch / Briefwechsel

Im Schriftenvertrieb
des Ringes

Jahrgang 10
Nummer 47

Politische Woche

Das Arbeitsgericht in Duisburg stellt fest, daß ein verbindlicher Tarifvertrag auf Grund eines Schiedsspruchs für die Eisenindustrie Nordwest nicht besteht. — Der Düsseldorfer Regierungspräsident Bergemann unternimmt einen Vermittlungsversuch im Eisenkampfe. — Reichswehrminister Groener läßt den Reichspräsidenten wissen, er würde demissionieren, falls der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues angenommen wird.



Das deutsch-rumänische Abkommen zur Regelung der aus dem Weltkriege erwachsenen finanziellen Streitfragen wird unterzeichnet. — Die demokratische Partei beantragt, den Oesterreichern, die sich im Reich aufhalten, das Wahlrecht zu gewähren. — Auf Lloyd Georges Angriffe im Unterhaus gegen das Flottenabkommen erwidert Baldwin, Großbritannien teile nicht den französischen Standpunkt in der Reservistenfrage.



Poincaré bildet ein Kabinett ohne Radikalsozialisten, dem Maginot, der Kriegsminister des Ruhrkampfes, zwei Vertreter der Marin-Gruppe und Briand angehören. — Das estnische Kabinett Tõnisson wird durch die Bauernpartei gestürzt. — Der Führer der Bauernpartei Manni bildet die neue rumänische Regierung und löst das Parlament auf.



Severing verteidigt die Beteiligung des Reiches an der Emella-Filmgesellschaft mit der Notwendigkeit eines geistigen Schutzes zur Sicherung der Republik. — Die Film-Überprüfstelle verbietet die öffentliche Vorführung des Stahlhelm-Sporttag-Films. In der Begründung heißt es, der Stahlhelm entfalte eine politische Aktivität, die sich offen gegen die bestehende Staatsform richte. — Die Zahl der Arbeitslosen steigt vom 15.—31. Oktober von 593 000 auf 671 000.



Coolidge erklärt, die Vereinigten Staaten seien nicht willens, die Vorbereitung neuer Kriege zu finanzieren. — Das Volksbegehren der bürgerlichen Parteien Danzigs, das die Beibehaltung ihres Regierungssystems verlangt, wird mit 42 000 Stimmen angenommen. — Der elsässische Autonomistenführer Dr. Moos, der im Abwesenheitsverfahren zu 15 Jahren Festung verurteilt wurde, stellt sich freiwillig, um die Wiederaufnahme seines Prozesses zu erzwingen.

Das Kaleidoskop

(Zustand)

Ein Kaleidoskop ist bekanntlich eine Büchse, in der sich farbige Glasstücke befinden, die man durch Schütteln oder Drehen zu immer neuen bunten Mosaikbildern zusammenwürfeln kann. Der Witz bei diesem Spiel ist die Ueberraschung: Niemand weiß im voraus, welches Bild er beim Schütteln zustande bringen wird. Als Kinder haben wir daran viel Freude gehabt. Für Erwachsene gibt es, selbstverständlich vom Auslande importiert, eine Abart dieses Spieles. Sie heißt: Parlamentarismus. Der Reichstag, der soeben wieder zusammengetreten ist, wird in den nächsten Tagen sehr kräftig geschüttelt werden. Was dabei herauskommen wird, weiß kein Mensch, selbst die Schütteler nicht. Außenpolitisch steht zur Diskussion: Vocarno-Früchte, Rheinland-Räumung, Dawes-Revision. Wer kann sagen, ob nicht der Zentrums-Würfel oder der Volkspartei-Stein dabei aus dem bunten, wenn auch nicht schönen Bild der Großen Koalition herauspringt? Panzerkreuzer A droht auf der Tagesordnung. Wird Gröner oder Müller fallen? Oder wird hier das „Schütteln“ nur markiert werden? Eisenkrieg ist das erste Thema der Debatten. Ein gutes Duzend Agitationsanträge liegen dazu vor, von denen die Antragsteller inständig hoffen, sie möchten abgelehnt werden. Aber wird nicht doch aus Versehen dieser oder jener angenommen werden? Kaleidoskop-Spielerei: keiner weiß, was herauskommen wird. Aber sie schütteln alle! Das nennt sich verantwortungsbewußte Volksregierung, staatspolitische Magimen, demokratischer Reifegrad . . .

Der Konflikt in der nordwestlichen Eisenindustrie, dessen sachliche Grundlagen im vorigen Heft in einer Auseinandersetzung mit Georg Bernhard behandelt wurden, ist durch die Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichtes in eine neue Phase eingetreten. Selbst wenn das Reichsarbeitsgericht in Leipzig als Berufungsinstanz zu einer anderen Entscheidung kommen sollte, stellt das Urteil der ersten Instanz, das den Schiedsspruch und seine Verbindlichkeitserklärung durch den Reichsarbeitsminister für ungültig erklärt, eine juristische Rechtfertigung der Maßnahmen dar, die die Metallindustriellen getroffen hatten. Eine andere Frage ist es dagegen, ob, gleichgültig wie der Kampf schließlich auch ausläuft, das Vorgehen der Unternehmer politisch gerechtfertigt war. Daß die Unternehmer sich der Verantwortung gegenüber über den mehr als zweimal Hunderttausend Ausgesperrten bewußt, daß sie sich klar darüber waren, durch ihre Maßnahmen politische Werbearbeit für die Sozialdemokraten und Kommunisten zu leisten, soll unterstellt werden. Derartige Gefahren müssen unter Umständen in Kauf genommen werden, unter der Voraussetzung freilich, daß der Erfolg den Einsatz lohnt.

Die Unternehmer haben zu Beginn des Konfliktes erklärt, daß es sich für sie wirtschaftlich um Widerstand

gegen neue, nicht tragbare Belastungen, politisch um die Bekämpfung des geltenden, schädlichen Schlichtungswesens handele. Ob eine Lohnerhöhung in diesem besonderen Falle noch tragbar gewesen wäre oder nicht, können wir nicht übersehen. Sicher ist, daß wenn nicht heute, so spätestens in kurzer Zeit überall in der deutschen Wirtschaft die Grenze erreicht sein muß, bis zu der die Löhne vorläufig steigen können. Denn jede wirtschaftliche und soziale Besserstellung des Arbeiters ist auf die Dauer von einer Besserung der wirtschaftlichen Gesamtlage abhängig. Eine solche Besserung aber ist in der letzten Zeit nicht eingetreten. Daß das derzeit im Schwange befindliche Schlichtungswesen falsch und schädlich ist, schädlich auch für die Interessen der Arbeitnehmer, ist in diesen Blättern schon vor geraumer Zeit dargelegt worden. Es fördert die Verantwortungslosigkeit der beiden Parteien, die sich in Lohnkämpfen auseinanderzusetzen haben. Es entbindet die Gewerkschaftsfunktionäre der Notwendigkeit, die Grenzen des wirtschaftlich Möglichen zu wahren und ihre Innehaltung vor ihren Gefolgschaften zu vertreten, es entbindet aber auch die Arbeitgeberyndizi der Notwendigkeit, von sich aus den sozialen Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Der Staat fällt seinen Spruch, der keiner Seite Genüge tut, und gestattet beiden Parteien, die Unzufriedenheit über das Ergebnis auf ihn abzulenkten. Er übernimmt also die Rolle des Prügelknaben, die seiner nicht würdig ist, und übernimmt zudem noch eine Aufgabe, der er, solange er nach parlamentarisch-demokratischem System regiert wird, in keinem Falle gewachsen sein kann. Es läge daher im Interesse der Unternehmer wie der Arbeitnehmer, und ganz besonders auch des Staates selbst, wobei uns das Staatssystem von Weimar völlig gleichgültig bleibt, wenn die Arbeitsauseinandersetzungen der beiden ersteren wieder auf die Ebene des direkten Austrages oder der direkten Verständigung (die dann sehr viel häufiger gefunden werden würde) verlegt und der Staat aus diesen Kämpfen herausgenommen würde.

Die Zielfestsetzung der Metallindustriellen war also durchaus richtig. Das Ergebnis ihres Kampfes aber wird vermutlich sein, daß das Arbeitsministerium einen neuen, formal unanfechtbaren Schiedsspruch veranlaßt, daß die parlamentarischen Verteidiger des derzeitigen Schlichtungswesens — die ja heute in der Mehrheit sind —, dieses System noch fester unterbauen und daß die Unternehmer zwar einen taktischen Sieg errungen, aber eine politisch strategische Niederlage erlitten haben werden. Woraus sie dann hoffentlich die Lehre ziehen werden, daß derartige Einzelvorstöße, zumal auf wirtschaftlichem Gebiete — Wirtschaft ist nicht das Schicksal, aber es scheint unser Schicksal zu sein, daß die Wirtschaftler schlechte Politiker sind — erfolglos bleiben müssen, und daß alle Teilfragen dieser verlorren Demokratie nur von der politischen Schlüsselstellung aus aufgerollt werden können, gegen die sich der Angriff der geschlossenen nationalen Front im „Zusammenwirken aller Waffen“ zu richten hat.

W. K.

Der verlagerte Staat

Heinrich von Gleichen

Die politische und stimmungsmäßige Gegnerschaft eines großen Teils unseres Volkes — volkspolitisch gesprochen vielleicht des wertvollsten Teils der Nation — gegen das herrschende Staatssystem hat zu einer Dauerkrisis geführt, die den Verantwortlichen des Systems ernste Sorge bereiten sollte. Wenn aber der Reichsinnenminister Sebering in seiner Rundfunkrede zum 9. November der Gesamtlage gegenüber einen für ihn so charakteristischen Optimismus vertritt, wenn er immer noch glaubt, daß die Eigenart der deutschen Stämme und die Mannigfaltigkeit der deutschen Kultur in diesem Staate sich behaupten könnten, ferner, daß die Weimarer Verfassung sowohl dem inneren wie dem äußeren Frieden, wie auch dem Fortschritt der Wirtschaft und der Gesellschaft dient, so scheint ihm allerdings die Sorge noch nie gekommen zu sein, daß dieser Staat in seinen Grundlagen falsch aufgebaut ist. In diesen Kreisen operiert man immer noch mit dem schlechten Willen derjenigen Volksgenossen, die dem Staate ablehnend gegenüberstehen, gerade auch, weil sie sich wiederum von diesem Staat abgestoßen und verachtet fühlen. Der Begründer der Polizeimacht des sozialistischen Preußen hüllt sich in einen Mantel der Selbstgerechtigkeit, die er und seine Freunde glaubten, dem ständebestimmten Obrigkeitsstaat von gestern vorwerfen zu können.

Aber auch die nationale Opposition selbst scheint sich nicht im Klaren zu sein, wo das eigentliche Problem unserer Staatskrisis liegt. Sie glaubt im Namen der Nation gegen diesen Staat kämpfen zu können, während doch auch dieser Staat, wie schon ausgeführt wurde, für viele unserer Volksgenossen der Ausdruck ihres Nationalbewußtseins ist. Man versucht den Staat durch innerpolitische Angriffe zu erschüttern, indem man annimmt, aus der Erschütterung des Systems Möglichkeiten zu seiner Umgestaltung zu erhalten. Da man aber die so entstandenen Krisen nicht verstanden und sie dann auch nicht zu behandeln gewußt hat, ist es noch immer so gekommen, daß letzten Endes die bestehende Zentralgewalt gestärkt aus dieser Krise hervorging. Während man also um der äußeren und um der inneren Freiheit willen diesen Staat angreift, festigt man durch falsche Taktik bei schlechter Strategie nur das System. Es wird mit Schlagworten gelämpft, die der nationalen Empfindung durchaus entsprechen. Aber sie entsprechen keineswegs einer richtigen politischen Vorstellung von dem Gesamtzustand.

Wie ebenfalls schon ausgeführt worden ist, steht denn auch heute dieser Staat in seiner inneren Stabilität durchaus ge-

festigt da, seitdem die Währung durch den Transferschutz gesichert und der öffentliche Haushalt ebenfalls in Ordnung gekommen ist, seitdem die Gefahr innerer Unruhen durch eine ausgezeichnete Disziplin sowohl der Reichswehr wie der Schutzpolizei auf absehbare Zeit ebenfalls ausgeschlossen erscheint. Die durch beste Fachtradition ebenso arbeitsfähige wie arbeitsfreudige Bürokratie tut ungestört ihren Dienst im Rahmen einer Staatsordnung, die sich, was die Aufgaben der Bürokratie betrifft, nicht allzu viel vom Obrigkeitsstaat von gestern unterscheidet. Jedenfalls ist die Organisation des Staates so stabil, daß von einer ernsthaften Bedrohung des Staates durch innerpolitische Opposition zur Zeit keine Rede sein kann, zumal auch die Person des Reichspräsidenten eine starke Hemmung für den innerpolitischen Widerstand der nationalen Opposition bedeutet.

Trotzdem spricht die Opposition unter Benutzung militärischer Wendungen von einer „Eroberung des Staates“ und verwandelt den notwendigen innerpolitischen Kampf in ein Manöverspiel von Blau und Rot. Man braucht sich gar nicht auf radikale Tendenzen zu beziehen, wie etwa den Hitler'schen Faschismus, der eine Neuordnung des Staates auf hundertprozentiger völkischer Grundlage fordert und auch die nationale Wirtschaft befreien will von allen internationalen Bindungen und Abhängigkeiten, oder auf die von anderer Seite vorgeschlagene Lösung, mit Hilfe einfacher Paragraphenänderung der Reichsverfassung die Neuordnung unserer innerpolitischen Verhältnisse zu erreichen. Jede die „Eroberung des Staates“ anstrebende Politik läuft letzten Endes auf Diktatur hinaus, die mit der faschistischen Zucht operieren muß, wenn sie sich durchsetzen und behaupten will. Ueber die Aussichten dieser faschistischen Methode hat Dr. Heinz Brauweiler sich höchst aufschlußreich, aber in einem für Deutschland negativen Sinne, geäußert.

Daneben gibt es Reformbemühungen, die innerhalb des Systems bestimmte Besserungen durchsetzen wollen, um überhaupt eine zielhafte und freie Regierung vom Boden dieser Verfassung aus zu ermöglichen. Diese Bestrebungen wollen auch die vom Bürokratie-Staat mishandelte Selbstverwaltung wieder zu größerer Freiheit und Selbstverantwortung führen. Aber hier wiederum fehlt u. G. die notwendige Vorstellung, daß die nationale Opposition gegen den Staat, wie er ist, eine sehr berechtigte ist und als dynamischer Druck auf das System gar nicht entbehrt werden kann, wenn die Absicht, den Staat für die Nation zurückzugewinnen, voll erreicht werden soll.

Das Verhältnis von Staat und Nation ist durch das herrschende System in einer Weise gestört, die man in geometrischen Figuren an der Lagerung von Kreisen erklären könnte. Wenn man von der staatsrechtlichen Forderung ausgeht, daß der Staat aus seiner historischen Entwicklung her

seiner Nation gehört und mit dieser organisch verbunden ist, und nicht ein Kunstprodukt sein darf, so kommt man zu der Forderung, daß ein Staat, der in diesem Sinne seiner Nation entspricht, auch im Zentrum dieser Nation ruhen muß. Er muß also konzentrisch gelagert sein, im großen Umkreis der Nation einen konzentrischen Kreis in der Mitte darstellen. Das Vertrauen des gesamten Volkes gehört dann dem Staat, weil er im Mittelpunkt der Nation ruht. In diesem Sinne ist er auch nach außen der einheitliche Ausdruck eines Volkes.

Diese als Ideal zu fordernde Stellung des Staates im Zentrum der Nation kann in zweifacher Beziehung eine Wenderung erfahren: Es ist möglich, daß die Staatshoheit überhaupt nicht im Kreis der Nation liegt, sondern ein staatlicher Apparat von außen her übergeordnet ist durch die Gewaltherrschaft einer anderen Nation. Oder der Staat hat im Kreis der Nation selbst eine Verschiebung erfahren, sodaß das Zentrum des Staates mit dem Zentrum der Nation nicht mehr übereinstimmt. Dann ist der Staat exzentrisch verlagert! Diese Vorstellung einer exzentrischen Verlagerung des kleineren Herrschaftsbezirks des Staates, gedacht als Kreis im großen Umkreis der Nation, würde sich an der geometrischen Figur eines exzentrisch verlagerten Kreises innerhalb eines größeren Kreises vorstellen lassen.

Den meisten unserer Leser wird es ohne weiteres klar sein, daß für die Deutsche Republik im bestimmten Sinne beides zutrifft. Der Staat der Weimarer Verfassung ist seinerzeit unter dem Druck des Versailler Vertrages begründet worden, dessen Durchführung uns nicht nur die Reparationsabhängigkeit gebracht hat, sondern darüber hinaus eine außenpolitische Ohnmachtstellung, die seit nunmehr 10 Jahren in der deutschen Außenpolitik sich fast zwangsläufig auswirkt. Aber wir wollen uns hier nicht mit außenpolitischen Fragen beschäftigen, sondern uns auf die innerpolitische Lage beschränken. Und da tritt es noch deutlicher in Erscheinung, daß dieser nicht mehr souveräne Staat nicht konzentrisch, sondern exzentrisch verlagert ist. Diese exzentrische Verlagerung unseres gegenwärtigen Staates hat sich innerpolitisch unter dem Druck der durch den Krieg und die darauffolgenden schweren Krisen radikalisierten Demokratie, sowie durch den ausschlaggebenden Einfluß der zumeist gewerkschaftlich organisierten Wählermassen entwickelt. Die Gefahren einer akuten Bolschewisierung des Systems scheinen, äußerlich gesehen, mit den Kämpfen der ersten Nachkriegszeit überwunden zu sein. In Wahrheit sind sie aber nur in eine andere Ebene verschoben, indem der Staat selbst die Sozialisierungstendenzen der Revolution auf sich genommen hat und in sehr verschiedenen Formen, mit Hilfe einer gewissermaßen eroberungsfüchtigen Bürokratie, Gebiete

seinem direkten Einfluß unterworfen hat, die nach konservativer Vorstellung der national und volksethisch bestimmten Selbstverantwortung überlassen bleiben sollten. Deshalb spricht man auch ganz mit Recht von bolschewistischen Tendenzen des Systems.

Parallel zu dieser Entwicklung hat sich mit Hilfe des internationalen Kapitals die Bildung und Entwicklung großer Konzerne vollzogen, die in Anlehnung an die Weltwirtschaft bezüglich ihrer Produktionspolitik ebenfalls Sonderwünsche an den Staat und seine Organe gestellt haben; deren Erfüllung hat die natürlichen Forderungen und Lebensvoraussetzungen einer nationalen Wirtschaft ganz entscheidend eingeschränkt. Die Abhängigkeiten, dieser Konzernwirtschaft durch internationale Preisverbände und die Anpassung der handelspolitischen Funktionen des Staates an diese Gegebenheiten sind Kennzeichen jener modernen Wirtschaftsentwicklung, bei der nationale Sonderinteressen, die sich nicht einschalten konnten, notwendiger Weise ins Hintertreffen geraten mußten. Aber auch die wirtschaftsorganisatorische Konstruktion der Konzerne bringt besondere Entwicklungen mit sich, die den Vergleich mit der staatlichen Planwirtschaft durchaus gestatten, wie das Werner Sombart am klarsten ausgeführt hat. Die moderne Konzernwirtschaft zeigt deutliche Merkmale der sozialistischen Wirtschaft, da auch sie sich an dem Wohlfahrts- und Geschäftsstaat anlehnen und damit vom Staate abhängig wird, wie umgekehrt dieser von ihr. Freies Unternehmertum und freie Konkurrenz haben der Wirtschaftsbürokratie und der Beschränkung der Gewinnmöglichkeiten durch den Staat Platz gemacht. Es ist übrigens kennzeichnend, daß diese Konzernwirtschaft sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen relativ gut verständigt, zumal auch bei beiden Gruppen die Voraussetzungen für internationale Zusammenarbeit eher gegeben sind, als etwa auf Seiten der Agrarwirtschaft, auf Seiten des mittleren und kleineren Unternehmertums, wie überhaupt bei der festhaften bürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung.

Die wirtschaftliche Ueberlegenheit dieser großen trustartigen Wirtschaftsgruppen über die freie Individualwirtschaft und die politische Ueberlegenheit der massenlämpferisch organisierten Lohnarbeiterschaft über das konservative Volkstum hat auch zu einer politischen Interessengemeinschaft dieser beiden Gruppen geführt, die an diesem Staat, dessen Teilfundamente sie sein sollten, gewissermaßen als privilegierte Stände einseitige Ansprüche stellen und ihn den politisch und wirtschaftlich schlechter organisierten Volksgruppen gegenüber vorzugsweise für sich in Anspruch nehmen.

Diese eigenartige Verschiebung der innerpolitischen Machtverhältnisse hat notwendigerweise dazu geführt, daß die

anderen zwei Segmente: nationalbewußtes Volkstum und freie, sowie besonders die bodenständige Wirtschaft von der Mitbestimmung in diesem Staate so gut wie ausgeschlossen wurden. Die Folge davon war weiter, daß diese beiden Gruppen, die dem System ihren eigenen Niedergang zum Opfer bringen und es erleben, daß dieser Staat die nationalen und kulturellen Fundamente preisgibt, in eine grundsätzliche Oppositionseinstellung gegen diesen Staat gebracht wurden.

Diese Oppositionsstellung ist somit die notwendige Reaktion auf die exzentrische Verlagerung des Staates, dessen Verantwortliche sich der dadurch gegebenen bedeutungsvollen und in ihrer Gefährlichkeit nicht abzuschätzenden Krisis gar nicht klar zu werden scheinen. Da der Zustand von Dauer geworden ist, wirkt er sich nicht als unmittelbarer Druck aus, etwa wie der Druck einer fühlbaren und sichtbaren Bewegung. Der Druck dieser innerpolitisch so verhängnisvollen Lage wird mehr mittelbar gefühlt und deshalb falsch gedeutet. Allerhand Erklärungen, mögliche und unmögliche Deutungen werden herangeholt, um die Not der Ausgeschlossenen zu erklären. Es ist dringend nötig, daß mit allen Irrtümern aufgeräumt wird und daß sich die Führer beider, heute in einem absoluten Gegensatz zum System geratenen Bevölkerungsgruppen gemeinschaftlich darüber klar werden, daß dieser Zustand nicht durch Behandlung der Symptome gebessert werden kann, sondern eine Korrektur der Grundlagen des Staatsaufbaus notwendig macht. Die aber ist nur möglich, wenn von der Idee des k o n z e n t r i s c h e n Staates ausgegangen werden muß, der sich wieder im Zentrum der Nation mit ihrer natürlichen Gliederung festlagern muß. Als bald wird gefragt werden, ob für diese Ansprüche auf verwandte Parteien gerechnet werden kann. Nun ist die Mitwirkung der parlamentarischen Parteien erfahrungsgemäß recht problematisch, wenn es sich um Klärung grundsätzlicher Fragen handelt. Die Parteien sind selbst zu sehr Ausdruck und Organ eines an sich ungesunden Systems und versagen deshalb. Auch muß mit einem sehr verbreiteten parteipolitischen Irrtum aufgeräumt werden, als ob es sich bei der Oppositionsbewegung innerhalb des parlamentarischen Systems um die notwendige, wenn auch zunächst mit Krisen verbundene Entwicklung zu einem Z w e i - P a r t e i e n - S y s t e m handele, das sich allmählich aus den Irrungen und Wirrungen einer bisher nicht erprobten parlamentarischen Demokratie entwickeln werde. Man versteht unter dem Zwei-Parteien-System, das übrigens in England heute auch nicht mehr eindeutig existiert, jenes System der Z n - und D u t p a r t e i e n, bei dem die grundsätzliche Einstellung der Regierungspartei und der Oppositionspartei nicht so entscheidend ist, wie die für eine parlamentarische Regierung notwendige Sicherung einer Opposition für den

Fall eines gegebenen Wechsels des Regierungskurses. Es ist einleuchtend, daß eine parlamentarische Regierung, wenn sie etwa vom Schutzzoll übergeht, sich nicht auf die bisherige Regierungspartei stützen kann, sondern eine neue innerpolitische Basis für sich sucht. Und so hat sich bei den Engländern der überlieferte Gegensatz der Whigs und Tories (Liberalen und Konservativen) zu dem mehr praktischen Gegensatz der In- und Out-Partei entwickelt, wobei es soweit kommt, daß konservative Kreise freihändlerische Ideen vertreten und die Liberalen etwa den Schutzzoll. Dieses Vorbild schwebt vor allem denjenigen politischen Kreisen bei uns vor, die ihre politischen Anschauungen am Beispiel des englischen Liberalismus geschult haben. Sie sind dauernd mit dem Rechenstift an der Hand, um aus der Arithmetik des komplizierten deutschen Parteiwesens Kombinationen zu entwickeln, die etwa zu einer gewissen Zweipartei-Stabilität gebracht werden könnten. Die tatsächliche Entwicklung macht aber immer wieder einen Strich durch die Rechnung. In Wirklichkeit behält bei uns das Zentrum parlamentarisch immer recht, indem es im Gegensatz zu jener englischen Methode bei jeder Regierung dabei ist. Und die Zentralstellung des Zentrums gibt ihm dabei sogar ein ausschlaggebendes Gewicht. So handelt es sich denn auch bei der Idee eines Zweiparteien-Systems auf der Grundlage der gegenwärtigen Verfassung nur um ein Trugbild, durch das die Opposition über die eigentlichen Grundfehler des Systems hinweggetäuscht werden würde.

Die Opposition hat heute im Parlament einen Hauptexponenten in der DNVP., hat vielleicht noch zwei weitere kleinere Exponenten in der Wirtschaftspartei und den Christlich-nationalen Bauern. Wenn man diese parlamentarischen Möglichkeiten vergleicht mit dem Gewicht der Gegengruppe, bestehend aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten plus Volkspartei, so erkennt man deutlich, daß diese Mehrheit, die mit dem parlamentarischen System zwangsläufig verbunden ist — von Zufällen abgesehen — normale Regierungskoalition bei uns bleibt, solange eben das System sich erhält. Im Grunde lehrt auch in unseren Parteiverhältnissen das gleiche exzentrische Prinzip wieder, bei dem wohl der Opposition gelegentlich eine Mitbeteiligung vorgetäuscht werden kann, bei dem aber die innerpolitischen Machtverhältnisse im voraus geordnet sind, und die Macht verteilt ist. Unter Ausnutzung aller verfassungsmäßigen Möglichkeiten werden die durch das System vom Staat ausgeschlossenen Volksgruppen im Parlament immer nur als Minderheit vertreten sein.

Diese Ausführungen stellen einen Versuch dar, den oppositionellen Kräften eine realpolitische Bestimmung über ihre eigene Lage und über ihr Verhältnis zu dem von ihnen bekämpften System zu vermitteln. Es wird dabei angenommen,

daß der Kampf der nationalen Opposition um ein Prinzip geht, dessen Lösung nicht auf der Grundlage des gegenwärtig herrschenden Systems gefunden werden kann. Deshalb vertreten wir auch in diesen Blättern die Ueberzeugung, daß Lösungsversuche, die den Weg des parlamentarischen Kompromisses beschreiten, die berechtigten Wünsche der Opposition nicht befriedigen können, weil es nicht um Beseitigung von Symptomstörungen geht, sondern um das Hauptproblem: um die Wiederherstellung eines organischen Staates.

Die Bilder vom konzentrischen und exzentrischen Staat sollen — um einmal im Ton der politischen Wehrbewegung zu sprechen — die „Kriegslage“ klären. Wenn man von Seiten der Regierungsparteien aus der Opposition vorwirft, daß sie nur negativ eingestellt sei oder den früheren Zustand mechanisch restaurieren wolle, so soll mit der Idee des konzentrischen Staates ein positives Programm der Verfassungspolitik ausgesprochen werden, aus dem sich nunmehr positive Aufgaben der nationalen Opposition ergeben, denen die nächste Betrachtung gewidmet sein soll.

Der Weg Elsaß-Lothringens

Karl Brill

Zum Jahrestag des Einzuges der Franzosen in Straßburg am 22. November 1918.

Drei Straßburger Tageszeitungen haben damit begonnen, in einer regelmäßigen Rubrik Auszüge aus eigenen alten Nummern aus der Zeit vor zehn Jahren neu zu veröffentlichen. Es ist das damit begründet, daß zu jener Zeit die wehrfähigen Elsaßer noch im feldgrauen Rock stellten, daß sie, die eigentlich Berufensten zum entscheidenden Wort, nicht zu Hause waren, als über das Schicksal des Landes wieder einmal entschieden wurde, ohne das Volk selbst anzuhören.

Es ist für jeden Elsaß-Lothringer von Wert, diese Zeitungsauszüge wieder anzusehen. Man sieht aus ihnen, wie nahe damals die elsäß-lothringische Frage ihrer endgültigen Lösung gewesen ist, und erkennt, wie unheilvoll es war, daß gerade an der entscheidenden Stelle Europas das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Völker mit Füßen getreten worden ist. Wilson war ebenso wie Lloyd George bis zuletzt von der Notwendigkeit eines Plebiszits, einer völlig freien Volksbefragung, überzeugt, und nur durch ein paar plumpe Fälscherkunststücke bekam Frankreich schließlich

doch seinen Willen. Wie die Tschechen, Polen, Italiener ihre Ansprüche mit gefälschten Landkarten erschlichen haben, wie die Entscheidung über das Saargebiet mit der Lumperei der gefälschten Adresse der „100 000 Franzosen“ ergaunert wurde, so ging es ja auch im Fall Elsaß-Lothringens. Wilson überlistete der „Elsässer“ Blumenthal (aus Tarnopol in Galizien) durch Vorlage einer gemeinsamen Kundgebung der Elsässer-Vereine — in den Vereinigten Staaten. Da der New-Yorker Vertreter der französischen offiziellen Propaganda („Alliance Française“) auch so ein „Elsässer“ (namens Blum) ist, so wird man über die wirkliche Existenz dieser Elsässer-Vereine einige Zweifel haben dürfen. Lloyd George und andere Vertreter der Alliierten hat dann der geschickt inszenierte feierliche Einzug in Straßburg vom 12. Dezember 1918 zum völligen Umfallen gebracht. Es ist damals von dem gerissenen Taktiker Poincaré nicht sinnlos das Wort geprägt worden: „*Le plébiscite est fait!*“ — „Die Volksabstimmung hat stattgefunden!“ Der französische Regierungschef hat damit freilich für alle Zeiten selbst anerkannt, daß ein solches Plebiszit nötig gewesen wäre.

Aus den eingangs erwähnten Auszügen aus zeitweise fast vergessenen Tagen steigt die Erinnerung daran auf, daß damals zwei Landesfinder als Statthalter und Staatssekretär an der Spitze des Reichslandes gestanden haben: Dr. Schwaner, heute preußischer Oberpräsident in Kassel, Karl Haug, der 1925 verstorbene elsässische Zentrumspolitiker, dessen Sohn jetzt als einer der Vertreter der autonomistischen „Landespartei“ im unterelsässischen Generalrat sitzt. Damals war Elsaß-Lothringen dem lange erträumten eigenen Staat greifbar nahe. Eine andere Erinnerung aber wurde wieder wach, die Erinnerung an die in jenen Tagen an Wilson, an Lloyd George und an andere gerichteten Telegramme, in denen Elsaß-Lothringen sein volles Selbstbestimmungsrecht forderte! Auch die sozialdemokratische Fraktion im elsäß-lothringischen Landtag hat damals eine Entschliebung angenommen, die sehr richtig besagt, nur aus der freien Entscheidung der elsäß-lothringischen Bevölkerung über ihre staatliche Zukunft könne die endgültige Lösung des Problems erwachsen. Es war ja der elsässische Sozialist Grumbach, der heutige Autonomistenfresser, gewesen, der von der Schweiz aus in einer Broschüre schrieb: „Selbst wenn bei Kriegsende die Elsässer selbst nicht auf der Volksabstimmung bestehen sollten, müßten die französischen Linksparteien auf der Vornahme eines solchen Plebiszits im Interesse des Friedens Europas unbe-

dingt bestehen.“ Ueber den voraussichtlichen Ausfall der Abstimmung gehen die Ansichten auseinander; immerhin wird man dabei an einer (ungewollt) aufschlußreichen Bemerkung nicht vorbeigehen dürfen. Die sozialistische Straßburger „Freie Presse“, die jenen Beschluß der Parteigenossen im Landtag jetzt wieder hervorholte, zitiert noch ein Nachspiel dazu. Wenige Tage später wurde die Selbstbestimmungsforderung nämlich widerrufen, da sie ja doch — nur „dem Deutschtum zugute käme.“



Frankreich fand damals keinen Widerstand gegen seine unbelümmerte Annexionsforderung. Wo es Widerstand vermutete, scheute es nicht vor Brutalitäten zurück, wie überhaupt schon damals die „Befreiung“ Hand in Hand ging mit unverbülltem Terror. Noch ein Jahr später, als die Elsaß-Lothringer erstmals zur französischen Kammer wählten, wurde mit Ausweisungen, Internierungen, Zensur gearbeitet. Es war die Zeit, da man den früheren Landtagspräsidenten in einem Dorf des badischen Kehler Brückenkopfes monatelang internierte. Es war der am 9. November 1928, am zehnten Jahrestage des Waffenstillstandes, durch Beschluß der französischen Kammer seines Mandats beraubte Dr. K i d l i n.

Da wir all diese Zusammenhänge kennen, möge man uns nun endlich weder in den „Sozialistischen Monatsheften“ noch sonstwo mit dem gescheiterten Beweismittel kommen, daß die Elsässer „immer wieder“ und „in unzweideutiger Form“ ihren Willen bekundet hätten. Das ist glatte Lüge. Von einigermaßen wertbaren Kundgebungen der elsäß-lothringischen Bevölkerung kann überhaupt erst gesprochen werden, seitdem im April dieses Jahres trotz allem Druck die Wähler vor eine klare Formel gestellt worden sind. Am 14. und 21. Oktober haben neue Volkswahlen noch deutlicher gesprochen. Ein ganzes Volk hat hier bekant, daß es sein Recht auf Leben nicht preisgibt, daß es alles andere gegenüber diesem „Heimatrecht“ in den Hintergrund treten läßt. In einer sonst überall so materialistischen Welt ist ein solches Bekenntnis zu seinem Volkstum und seinen Idealen bewundernswert, denn es geschieht im klaren Bewußtsein, daß damit auf lange hinaus jede Hoffnung auf beschauliche Zeiten des Friedens geopfert wird um eines Zieles willen, das nur durch Kämpfen erreicht werden kann.

Zehn Jahre nach dem Waffenstillstand ist Elsaß-Lothringen so weit, daß es jede Hoffnung begraben hat,

sich mit seinem französischen „Befreier“ scheidlich=friedlich über seine Auffassung von Freiheit verständigen zu können. Das Vertrauen ist ausgelöscht, daß Frankreich etwa seinen staatlichen Aufbau, seine Verfassung, seinen Zentralismus aus freien Stücken ändern werde, um damit Raum zu schaffen für eine freie Entfaltung der elsass-lothringischen Eigenart „im Rahmen Frankreichs“. Es heißt kämpfen. Für die Anerkennung der deutschen Muttersprache, für die Selbstverwaltung, für die Freiheit der religiösen Weltanschauung. Für die Deffnung der wirtschaftlichen und kulturellen Grenzen nach Osten und Süden. Für die Freiheit der deutschsprachigen Presse. Für eine Volksschule, die im Gegensatz zur heutigen Sprachendressuranstalt dem Volke dient. Es heißt auch wieder kämpfen für ein freiheitliches Beamtenrecht, für wirkliche Meinungsfreiheit aller. Kampf also auf der ganzen Linie.

Für dieses schwere Ringen, für das selbst das Beispiel des irischen Freiheitskampfes nicht schwer genug ist, steht das elsass-lothringische Volk nicht ganz allein. In steigendem Maße wird es in anderen Teilen Frankreichs Hilfe finden, zunächst in der Bretagne, die das Beispiel des stammverwandten Irland anspornt, und die sich heute ebenfalls als entrechtete „nationale Minderheit“ betrachtet. Draußen, außerhalb der französischen Grenzen, werden die Führer des elsass-lothringischen Volkes ideale Unterstützung bei allen denen finden, die erkannt haben: Nationale Minderheiten in ihrer freien Entwicklung zu schützen ist ein internationales Gebot; wer sich an ihrer kulturellen Gewissensfreiheit vergreift, ist ein Feind aller, denn er häuft Sprengstoff an feuergefährlichen Punkten auf.

Die geistige Arbeit, die gerade von Vertretern deutscher Minderheiten in europäischen Staaten und von reichsdeutschen Vorkämpfern der Idee eines allseits anerkannten internationalen Minderheitenrechtes geleistet wird, kommt in seiner Auswirkung auch der gleichfalls volksdeutschen elsass-lothringischen Minderheit im französischen Staate zugute. So wird das deutsche Volk auch nach der Wiederauflösung der 48jährigen staatlichen Gemeinschaft seinem einstigen „Reichsland“ brüderlich uneigennützig helfen können. Wenn das elsass-lothringische Volk heute überhaupt fähig ist, einen Kampf um sein Volkstum aufzunehmen, so ist ja auch dies eine Frucht der Reichsland-Epoche. Das 1870 zu selbständigem Handeln unfähige Elsaß-Lothringen hat die Fähigkeit und den Mut zum Eigenwillen in dieser Epoche der Selbstverwaltung gelernt. Es zeigt heute, daß es diese Lehre beherzigte.

Die polnische Hege in Italien / Gelimer

Das Werben Polens um Italien geht nicht erst seit gestern; schon 1920 fiel der demokratische Außenminister *Forza* in die Netze der schönen Frau eines polnischen Diplomaten und die Folge war, daß Italien für die heutige Grenze Oberschlesiens eintrat, trotz des Abstimmungsergebnisses und trotz der 32 Versaglieri, die von den polnischen Aufständischen niedergelassen wurden. Der Faschismus hielt sich dann anfangs zurück, solange Polen unauflöslich an Frankreich gebunden schien; immerhin durfte 1924 der aus Warschau stammende Generaldirektor *Loepitz* von der *Banca Commerciale* 400 Millionen Lire für das polnische Tabakmonopol herleihen, und in denselben Jahren knüpfte Herr *Baleski*, der heute Außenminister ist, als Gesandter in Rom intime Beziehungen mit der faschistischen Presse an, wobei mit Geld nicht gespart wurde. Durch geschickte Mittelsmänner (und -Frauen) wurden wiederholt italienische und ausländische Journalisten von Rom nach Warschau und Danzig eingeladen und dabei nicht nur königlich bewirtet, sondern auch ausgiebig mit „Material“ versehen; auf der letzten Mailänder Messe war die lebensgroße Statue eines Faschisten aus — polnisch-oberschlesischer Kohle zu sehen!

Man kann nicht sagen, daß das alles bisher großen Eindruck gemacht habe; weder bei *Mussolini* noch im italienischen Publikum hat man etwas von einem besonderen Interesse für Polen gemerkt. Das kann aber leicht anders werden; das politische Interesse Italiens muß stärker werden, je mehr Polen von Paris abrückt; und wirtschaftlich kann polnischer Warenverkehr dem notleidenden Triest auf die Beine helfen. Um das italienische Publikum aber wirbt die polnische Propaganda in zunehmendem Maße und mit un-leugbarem Geschick; es geht dabei ausschließlich auf unsere Kosten, und es besteht die Gefahr, daß nicht nur die mühsam angebahnte Besserung der deutsch-italienischen Beziehungen dadurch illusorisch wird, sondern daß im Falle einer schließlich nicht ganz ausgeschlossenen deutsch-polnischen Spannung die öffentliche Meinung Italiens von vornherein gegen uns eingestellt ist. Wir haben uns schon einmal in ihr täuschen müssen, weil in dem Jahrzehnt vor dem Kriege unsere Diplomatie und Presse versäumten, uns über den Umschwung zu unterrichten; darum sei heute beizeiten gewarnt.

Einige Beispiele aus allerjüngster Zeit. Die polnische Propaganda bedient sich neuerdings mit Vorliebe der italienischen Journalisten, die dauernd oder vorübergehend nach Polen kommen. In der römischen „*Tribuna*“ vom 14. September fand sich ein Reisebrief „*Polen an der Ostsee*“, in dem es heißt: „Es ist gesagt worden, *Wilson* habe die Unabhängigkeit Polens geschaffen. Zum Glück ist

es falsch. Die polnische Unabhängigkeit ist die Folge des italienischen Sieges über Oesterreich-Ungarn und des deutschen und russischen Zusammenbruches; darüber gibt es keine Diskussion." Nach dieser lapidaren Feststellung führt der italienische Verfasser dem Leser in glühenden Worten die ganze Reihe der Argumente vor, die die polnische Propaganda hier schon seit Jahren für besonders wirkungsvoll hält: die brutale Wirkung der deutschen „Kultur“ (das Wort wird auch im italienischen Text deutsch gebraucht) auf die armen polnischen Schulkinder, — der trotz alledem noch nicht erschöpfte „gute Wille“ Polens, den das kleine Danzig mißbraucht, indem es Nichtdanzigern wie dem „langen Salm“ (sie!) und andern „Bangermanisten“ die Leitung seiner Staatsgeschäfte anvertraut, — das Recht Polens auf Danzig, ohne dessen Besitz seine 30 Millionen ersticken müßten, — der polnische Charakter *Pommerns* (wobei das italienische „*Pomerania*“ einmal für Pommern, im nächsten Augenblick aber für Pommerellen gebraucht wird) und schließlich die Versicherung, daß *Gdynia* (Gdingen) in einigen Jahren Danzig aufgefressen haben werde! — Nicht weniger nimmt ein anderer Italiener den Mund voll, der dem römischen Organ der nationalen Katholiken, dem „*Corriere d'Italia*“, aus Warschau Berichte schickt; der letzte erschien am 4. November unter der Ueberschrift „Italien und die deutsch-polnischen Verhandlungen“ und geht vielleicht noch raffinierter vor als die „*Tribuna*“. Er versichert zunächst, er habe gewiß nichts gegen die Deutschen, die er gut kenne und um mancher schönen Eigenschaft willen achte und bewundere, aber dieser unglückselige „Drang nach Osten“ sei eben auch so ein Auswuchs der „preussischen Episode“ im Leben der deutschen Nation und hoffentlich werde sie sich noch rechtzeitig von diesem Irrtum freimachen, der die schlimmsten Rückwirkungen haben müsse, heute am Rhein, morgen am Brenner und vielleicht in Triest. (!) Nachdem so der besorgte italienische Leser die Barbaren schon wieder vor Triest erscheinen sieht, wird ihm gesagt, das einzige Mittel dagegen sei die Konsolidierung Polens, dessen Vernichtung — der „*Verwärts*“ wird als Zeuge aufgerufen — *Jugenberg* geschworen hat. „Aber ist es möglich, ein tüchtiges Volk von 30 Millionen zu vernichten, das sich in stetigem Aufstieg befindet, berufen, das europäische Gleichgewicht zu sichern?“ Dann kommt der Schluß in dichterischer Steigerung: „Polen ist eine lateinische Großmacht, lateinisch aus Tradition, aus Kultur, aus Neigung und Liebe; aus tiefstem Herzen katholisch, eine Schildwache der Latinität unter Protestanten und Schismatikern und darum unsterblich, lebenskräftiger als seine Feinde, die durch Kultur und Tradition auch die Feinde unserer Existenz sind. Jeder Mißerfolg

Polens ist ein Mißerfolg der Latinität, jeder Sieg auch unser Sieg! Und darum ist es unser heißer Wunsch, daß Polens Nachbar (das sind wir!) nicht den Frieden stören und daß es zu der wirtschaftlichen Einigung kommen möge!"

Es bedarf keines Kommentars zu dieser gefährlichen Wühlarbeit; aber um so dringender deutscher Aufklärung für die italienische Öffentlichkeit, die dieser überaus geschickten Verdrehungstaktik zu erliegen droht. Tun wir etwas, ehe es zu spät ist; diese Dinge gehen nicht nur die Wilhelmstraße an.

Das alte Lied und Leid

Immer wieder findet die nationale und rechte Presse Gelegenheit, ihren Mangel an kulturpolitischem Willen, an kulturpolitischer Position zu enthüllen, ihre Indifferenz gegen die Wesenshaltung der Persönlichkeiten, denen sie die Wahrnehmung kultureller Belange in ihren Spalten überläßt, zu beweisen. Wir haben hier kürzlich erst wieder an bestimmten Beispielen aufgezeigt, wie diese fortdauernden Zustände innerhalb der Blätter des mächtigsten nationalen Zeitungskonzerns, der Scherl-Presse, verhindern, eine machtvolle kulturpolitische Front zu bilden, und daß ihn eine wesentliche Verantwortung trifft, wenn die Dinge in Berlin so geworden sind, wie sie heute für jeden Einsichtigen liegen. Und nichts entlarvt die Gleichgültigkeit gegen geistige und weltanschauliche Haltungen in jenem Betriebe verächtlicher als die kürzlich diskutierte Möglichkeit, daß einer seiner Hauptkritiker, den freigewordenen Feuilletonposten an einer der großen linksdemokratischen Zeitungen übernehmen würde, nun aber, da der Posten anderweitig besetzt ist, ruhig in den „nationalen und konservativen“ Blättern des Konzerns seine Tätigkeit wieder fortsetzt. Ja, glauben denn Herr H u g e n b e r g und seine Chefredakteure ernsthaft, man könnte über dem Strich für das Stahlhelmbeghren wirken, während man im „Kulturellen“ Menschen gewähren läßt die im Geiste Allsteins zu schreiben vermögen? Glaubt man wirklich, mit solcher Zerspaltetheit die geistespolitische Macht in Deutschland erobern zu können? Und hat man immer noch nicht genügend ausgekostet, wie völlig belanglos und machtlos die eigene Presse durch dieses Verfahren im öffentlichen intellektuellen Leben der Reichshauptstadt geworden ist?

Liegen auf dem exponierten Posten Berlin die Dinge besonders kraß, so leisten sich doch auch die Provinzblätter an Urteilslosigkeit oft erstaunliche Dinge. So finden wir im „Dresdner Anzeiger“, der sich „unabhängig und national“ nennt, einen Aufsatz „Geistiges Gesellschaftskapital“ von Heinrich Mann,

dessen Erscheinen sich nur dadurch entschuldigt, daß ein so auffallend verworrenes und dummes Zeug platterdings keinen Menschen mehr sollte verwirren und dumm machen können. Aber was soll's? Aber was macht dieser un-deutscheste unter den deutschschreibenden Schriftstellern, einst zu Lebzeiten seines Bruders Thomas von diesem hinreichend und endgültig charakterisiert, heute Vorstand eines Film-bühnenbundes zur Verbreitung kommunistischer und verwandter Filme, Librettist einer Revue vom Gigolo, den er nicht parodiert, sondern mit innerer Anteilnahme für die Jugend von 1928 hält, was macht Herr Heinrich Mann überhaupt in einem „unabhängigen und nationalen“ Blatte? Aber der Feuilletonleiter hielt sich vielleicht für „geistig“ und „gesellschaftskapitalistisch“ besonders vorurteilsfrei, als er die Verwirrungen des Heinrich Mann annahm, und merkte gar nicht, wie reaktionär er handelte. Denn etwas geistig Reaktionäreres wie Heinrich Mann, der noch und noch im Jahre 1789 lebt, ist in Deutschland doch nicht leicht noch einmal auffindbar. Vielleicht tun wir aber auch dem Redakteur bitter unrecht, und er wollte seinen Lesern zum Dunkelmännerpaß Herrn Heinrich Mann nur in die Falle locken, damit er sich einmal nach Herzenslust im Kampenlicht des „Dresdner Anzeigers“ blamiere. Es muß schön sein, „helle“ Sachsen zu Lesern zu haben!

Aber das hat doch die „Oder-Zeitung“ nicht, die sich zum 151. Geburtstag Heinrichs von Kleist einen Aufsatz „Kleist und Unruh“ leistet. Dieses „und“ zwischen den beiden Namen ist eine Erfindung Paul Schlenthers von vor fast 20 Jahren, die jetzt in Frankfurt a. d. D. bekanntgeworden zu sein scheint, dunne-mals beim Erscheinen der Kollektivarbeit „Offiziere“ vielleicht noch entschuldigbar, aber längst mit einem berechtigten frühen Tode abgegangen war. Ein nationales Blatt erwirbt sich das Verdienst der Erhumierung und orakelt über das posthume Leben: „Es ist keine Frage, daß Kleist so lange leben wird, als das deutsche Volk die Kraft zu nationaler Geltung aufbringt, aber es ist eine große Frage, ob Unruh noch leben wird, wenn sich sein Ideal der einen Menschheit erfüllt.“ Jedoch „es gibt auch kein Oder angesichts Kleists und Unruhs, sondern nur ein Und“. Gottseidank, es wird dem Leser nicht der Unliberalismus einer Dezfision angefonnen! Allerdings meinte Nietzsche von der instinktlosen und qualitätsfremden Gleichsetzung inkommensurabler Größen:

Darwin neben Goethe setzen
 heißt die Majestät verletzen
Majestatem genii.

Die Majestätsverletzung des Dichters Kleist blieb der nationalen „Oder-Zeitung“ als Geburtstagsgeschenk vorbehalten.

An den Rand geschrieben

Deutscher Snobismus bezahlt den „Figaro“

An den Berliner Sitzsäulen prangen seit einiger Zeit anschauliche schwarzweiße Plakate, auf denen der Pariser Parfümfabrikant Coty bei einem lieben guten deutschen Publikum für seine Ware wirbt. Und er unterstützt seine großsprecherische Anpreisung mit höchst imposanten Zahlen, die die peinlichsten Rückschlüsse auf die aus Deutschland in das Portemonnaie des Herrn Coty wandernden Summen zulassen. Denn Herr Coty ist nicht nur der Bereiter zarter Düfte, sondern auch der Besitzer des „Figaro“. Nun wird es natürlich keinem logischen Kopfe beifallen, zu verlangen, ein Handelsmann mit Friseurartikeln solle eine Zeitung besitzen, die einen andern Namen trüge als „Figaro“. Aber das Parfüm dieses „Figaro“ ist für die deutschen Nasen höchst übelriechend. Der „Figaro“ ist eines der einflussreichsten, verbreitetsten, nationalistischen französischen Blätter von ausgesprochener Deutschfeindlichkeit, das heute in gleichem Maße zum präsumptiven Erben des Chauvinismus der *Action Française* geworden ist, wie diese Zeitung durch ihren Kampf mit der Kirche und das Altern ihrer geistigen Führer an Einfluß und Boden verliert. —

Wenn heute eine paar Neuköllner Jungens sich zur Erzeugung synthetischen Urwaldlärms als *The Merry Kentucky Jazz Band* zusammmentun, wenn ein stressames östliches Konfektionstalent sich vor der Ahnenprobe mit dem Firmenschild *Old London Style* schükt oder ein Vergnügungsindustrieller durch den vergilbten Montmartre-Namen seines Etablissements die Provinzfamilienväter in die Aussicht defameronischer Abenteuer zu locken glaubt, so wird man diese bewährte Geschäftsspekulation auf eine offenbar unausrottbare Lächerlichkeit im deutschen Nationalcharakter nicht allzu tragisch zu nehmen brauchen. Aber dieser Minderwertigkeitskomplex des Deutschen gegenüber dem Ausländischen zeigt sich als ernsthafteste Gefahr, wenn es möglich ist, unter dem Namen eines zweitklassigen Pariser Warenhauses wie der *Galérie Lafayette* an einem der bedeutendsten Berliner Plätze eine bevorzugte Absatzstelle für französische Erzeugnisse gegen die deutsche Konkurrenz zu schaffen, und diese fatale Eigenschaft wird zum politischen Skandal, wenn aus den Luxusbedürfnissen deutscher Damen und Geden eine Zeitung für deutsch-feindliche Politik bezahlt wird. Wie wäre es, wenn anstatt des vielen Schiffsnades über „Frau und Staat“ in Volkshochschulen, Vereinen und Kondentiteln die „Politisierung der Frau“ zunächst einmal als Heimarbeit anfinge?

Notenjammer

Die zehnjährige Wiederkehr des 9. November wäre unbeachtet geblieben, wenn nicht die Presse dieses Tages ausführlich gedacht hätte. Niemand hat ihn mit Jubel begangen, niemand hat sich mit Stolz zu den Ereignissen vom 9. November 1918 bekannt. Die Linkspresse, vor allem die demokratischen Blätter, füllten mehrere Seiten mit anekdotenhaften Erzählungen Derer, die an dem Umsturz beteiligt waren, Anekdoten, die nicht gerade immer für die Revolte von 1918 begeistern können. Und dann findet man Verlegenheitsartikel, in denen vom militärischem Zusammenbruch geredet wird und in denen man lesen kann, daß eigentlich niemand die Revolution gewollt und gemacht habe. **S e v e r i n g** steht fast allein mit seiner Rundfunkrede, bei der er Worte verwendete, die dem Sprachschatz des heroischen Denkens entnommen waren: Wer den 9. November feiere, preise nicht das Werk einiger Verschwörer, sondern den Sturmtag des neuen Deutschland, an dem das Volk die Probe auf seine politische Reife und die Fähigkeit zur Selbstverwaltung bestanden habe. Ehrlicher sind die Worte, die **H e l l p a c h** im „8 Uhr-Abendblatt“ schrieb: „Es ist wahrlich kein Jubiläum, das die Deutschen in der Erinnerung an die Novembertage von 1918 feiern können, denn zum Jubilieren bieten diese Tage auch für den feinen Anlaß, der sie als Vollzugstermine weltgeschichtlichen Schicksals begriffen hat; der von sozialistischer Seite gelegentlich ausgesprochene Gedanke, den 9. November zu einem Nationalfeiertag zu erheben, ähnlich dem 4. Juli der Nordamerikaner und dem 14. Juli der Franzosen, hat nirgends im Volke Widerhall gefunden; man könnte eher versucht sein, an einen nationalen Bußtag zu denken, voll Stille, Ernst und Sammlung.“ Und selbst im „Berliner Tageblatt“, das sich auch bei dieser Gelegenheit wieder besonders radikal gebärdet, findet sich in einem Artikel **K u r t H i l l e r s** der Satz: „Der Revolutionär magt. Der Funktionär einer Revolution, die ihn überrascht hat, meidet ängstlich jeden neuen Weg und verpakt ihn. Die Revolution von 1918 war nach drei Tagen in den Fingern der Funktionäre.“

Auch eine deutsche Zeitung

Der preußische Finanzminister **H o e p l e r - A s c h o f f**, ein demokratischer Minister also, hat in einer in Schneidemühl gehaltenen Rede den Rechtsschutz, die Sicherheit und Freiheit der deutschen Minderheit in Polen mit dem Rechtsschutz, der Sicherheit und Freiheit verglichen, die die Polen in Preußen genießen. Uns scheint es nur selbstverständliche Pflicht zu sein, wenn ein preußischer Minister für die Rechte der Deutschen eintritt, die durch den Versailler Friedensvertrag unter die Hoheit des Polnischen Staats

gekommen sind und im Gegensatz zu den Polen in Deutschland weder ausreichende kulturelle Rechte genießen, noch die Sicherheit für ihren Besitz. Ein Blatt, wie die „Welt am Montag“, dessen Herausgeber, Gerlach, den Demokraten immerhin nicht fern steht, benutzt aber nur dazu diese Rede eines demokratischen Ministers, um sich als Freund der „verfolgten Polen“ aufzuwerfen: „Der Herr Minister hätte besser getan, die Erinnerung an die Behandlung unter den Hohenzollern nicht wachzurufen“, heißt es in der „Welt am Montag“: „Ein republikanischer Minister hätte allen Grund, sich nicht zum Schutzschild für die Sünden der monarchistischen Vergangenheit herzugeben.“ — Graust den republikanischen Ministern nicht vor der republikanischen Presse?

Eigenartige Sozialisierungsversuche

Es gibt keine kalte Sozialisierung? Einige Ereignisse der letzten Monate haben das Gegenteil bewiesen. Sie zeigten, daß der „gute Wille“ bei den preussischen Behörden nicht fehlt. Aber auch der Magistrat der Stadt Berlin zieht am gleichen Strang. Vor einigen Wochen ging durch die Presse die Nachricht von einem Kampf zwischen dem Magistrat und der Auktoruf-Gesellschaft. Die Auktoruf-Gesellschaft hat wegen ihrer großen Verluste ihre Anlagen stillgelegt. Bereits im Dezember vorigen Jahres war sie zu diesem Schritt entschlossen, aber das Polizeipräsidium richtete an die Gesellschaft die Bitte, den Betrieb weiterzuführen, da in absehbarer Zeit eine Regelung getroffen werde, die diese Verluste beseitigen würde. Dieses Versprechen ist bis heute nicht eingelöst. Dafür verlangt aber der Magistrat die unentgeltliche Ueberlassung der gesamten Einrichtung, was auf eine entschädigungslose Sozialisierung hinausläuft. Magistrat, Polizeipräsidium und Preussisches Ministerium des Inneren scheinen hier ein Spiel mit verteilten Rollen zu spielen, um die Kommunalisierung des Auktorufs durchzuführen. Man würde dieses große Interesse, das die Stadt an der Gesellschaft nimmt, nicht verstehen, wenn man sich nicht vor Augen hält, daß die Stadt Berlin sich mit der Absicht trägt, das gesamte Berliner Autodroschkengewerbe zu sozialisieren. Nicht nur die Verschleppung der Tarifreform muß zu dieser Ansicht führen, — alle drei Behörden haben während der Verhandlungen der letzten Monate ihre Sozialisierungswünsche auch mehr oder weniger deutlich bekannt. Wir fragen, welchen Sinn würde diese Sozialisierung des Autodroschkengewerbes haben? Weiß man bei den betreffenden Behörden nicht, daß eine Verteuerung die unausbleibliche Folge wäre, oder ist diesen Behörden die Verteuerung belanglos gegenüber ihrem Willen zur Ausdehnung der städtischen Unternehmungen?

Das Zentrum ist skeptisch

Gegenüber dem demagogischen Optimismus, mit dem besonders die demokratische Presse auf Kosten der deutschen Interessen außenpolitische Fragen behandelt, lassen schon seit mehreren Monaten die Äußerungen verantwortlicher Zentrumspolitiker ebenso wie der Zentrumspresse eine nüchterne Betrachtung der außenpolitischen Lage erkennen. In einem Leitartikel der „Germania“, der die jetzige innen- und außenpolitische Situation schildert, wird kein Fehl daraus gemacht, daß es auch in der Außenpolitik wenig erfreulich aussieht. „Der Stillstand in der internationalen Annäherung ist so groß geworden, daß um die Zukunft ernsthaft gebangt werden kann. Der „Geist von Locarno“ ist nur noch ein Schemen. Seine Erneuerung ist ein noch schwierigeres Werk, als es seine Erwedung war. Die Reparationsfrage ist in Fluß gebracht, wir müssen jetzt, wo dies geschieht, alles tun, um unserem Standpunkt zum Durchbruch zu verhelfen, auch wenn wir zunächst nur feststellen, was wir bestimmt nicht zahlen und nicht leisten können.“ Bedeutungsvoll ist auch die in der „Germania“ aufgeworfene Frage, für wie lange Stresemann ins Auswärtige Amt zurückgekehrt sei? Seine Gesundheit sei noch immer nicht wieder völlig gefestigt. Man könne nicht sagen, daß in der Zeit, in der Stresemann durch seine Krankheit dem Amt ferngehalten gewesen sei, unsere Außenpolitik besonders geschickt gearbeitet hätte. Die „Germania“ benutzt diese Feststellung zu der Frage, ob gerade das Auswärtige Amt eine so lange Abwesenheit seines Leiters vertrage, ohne daß eine politische Stellvertretung geschaffen würde.

In diesem Zusammenhang sei noch auf eine Entschließung hingewiesen, die die Delegierten der Zentrumspartei im Bezirk Koblenz-Trier nach einem Referat des führenden Außenpolitikers des Zentrums Prälat Naas angenommen haben. Es heißt dort u. a.: „Die Delegiertenversammlung richtet an die Reichstagsfraktion die dringende Bitte, bei den in Erwartung stehenden Verhandlungen über die endgültige Regelung der Reparations- und Räumungsfrage nur solche Lösungen in Erwägung zu ziehen, die der Tragfähigkeit der geschwächten deutschen Volkswirtschaft angepaßt sind und mit dem unzweifelbaren Rechtsanspruch Deutschlands auf die Räumung im Einklang stehen.“ Es heißt dann weiter, es seien alle Bindungen abzulehnen, die eine weitere Einschränkung der deutschen Souveränität im besetzten Gebiet bringen könnten, da sie im Rheinland die Ueberzeugung hervorrufen würden, daß man für vorübergehende und zweifelhafte Vorteile dauernde Nachteile eingetauscht habe.

Briefwechsel

J. M., Nordern. Sie sind entrüstet über das Wort „Ladenschwengel“ in dem Artikel „Revolutionshochzeit“. Ebenso wenig wie wir Ihre Bemerkung von dem überheblichen Akademikergehirn auf uns beziehen, hätten Sie doch wohl Grund, das Wort „Ladenschwengel“ tragisch zu nehmen. Zumindest der D. S. B., das wissen wir ebenso gut wie Sie, hat nichts mit der Geistesart derer zu tun, für die man das Wort Ladenschwengel geprägt hat, und die man, wie es in dem Artikel hieß, in den Kinos antrifft. Wir haben es schon erlebt, daß sich Lehrerverbände beschwerten, weil man das Wort „Pauker“ gebrauchte und ebensolche übertriebene Empfindlichkeit findet man leider Gottes immer wieder. „Portofassen-Jünglinge“, „Commis voyageur“, ebenso wie „Ladenschwengel“ sind nun einmal stehende Ausdrücke geworden, die man für bestimmte Menschen verwendet, ohne damit den Kaufmann an sich treffen zu wollen, natürlich, wenn er die Worte auf sich selbst bezieht, ist man dagegen machtlos.

Wehrwolfkamerad, Halle a. S. Sie beschwerten sich über die „Absetzung“ des brandenburgischen Wehrwolfs von Ihrer Bundesleitung, sprechen von Disziplinbruch, Treulosigkeit und Verrat und erwarten von uns eine scharfe Beurteilung dieses Verhaltens. Wir weigern uns entschieden, uns Ihr Urteil zu eigen zu machen, da wir Ihren Bund nicht kränken wollen. Der Wehrwolf, der ursprünglich als Jugendorganisation des Stahlhelms gegründet worden ist, hat seine Selbständigkeit als Bund nämlich auf fast dieselbe Weise: durch „Absetzung“ vom Stahlhelm gewonnen. Wünschen Sie, daß wir auch da von Treubruch und Verrat sprechen? Finden Sie es übrigens — um die Begriffssetzung des Jungdeutschen Ordens zu gebrauchen: — „heroisch“, einem Mann, den Sie bisher als ordentlichen Kerl gewertet und gerühmt haben, plötzlich seine Ihnen längst bekannte Vergangenheit vorzuwerfen, nachdem Sie sich mit ihm gezankt haben? Uns scheint das ein Zeichen von „Fanatismus“, und wir stellen fest, daß auch der Jungdeutsche diesem Laster in bedenklichem Maße verfallen ist. — Auf die Reichsrichtlinien des Wehrwolfs kommen wir demnächst zurück.

E. B., Greifenberg. Wir halten es für sehr begrüßenswert, daß Sie den von der „Standarte“ ausgegebenen Parolen dadurch eine größere Resonanz verschafft haben, daß Sie einen Artikel „Bismarckheke und Kommerzialisierung“ in fünf pommerischen Blättern zur Veröffentlichung brachten. Wir empfehlen Ihr aktives Vorgehen unseren Freunden zur Nachahmung. Auch ihnen wird sich die Möglichkeit bieten, die unser Freund aus Greifenberg ergriffen hat, durch die einzelnen Ortsgruppen des Stahlhelms oder eines anderen Bundes an die Schriftleitung der kleinen Tageszeitungen heranzutreten, um die Aufnahme von Artikeln, die unsere Parolen aufgreifen, zu ermöglichen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Schröder, Berlin W 8, Pariser Platz 3. — Verlag Schriftenvertrieb des Ringes (Heinrich v. Gleichen), Berlin W 8, Pariser Platz 3. — Druck: Industrie- u. Handels-Druckerei, Hermann Scharf, Berlin SO 36.

Der Ring

Wochenschrift für Politik

Herausgeber: Heinrich von Gleichen

Schriftleiter: Friedrich Vorwerk

„Der Ring“ ist das führende Organ einer überparteilichen konservativen Politik, die die Gegenwartsprobleme mit geistiger Initiative angreift. In grundsätzlichen Aufsätzen wird Stellung genommen zu den Zeitereignissen und zu den Mächten, die den Zustand Deutschlands und der Welt beeinflussen. Damit sollen die geistigen Kräfte der führenden Oberschicht politisch aktiviert werden auch zu dem verfassungspolitischen Ziel: die Unabhängigkeit der Staatsführung von Massenherrschaft wieder herzustellen.

Preis des Einzelheftes RM 1.—

Monatsbezug RM 4.—

Durch Buchhandel und Post zu beziehen
Probehefte vom

Schriftenvertrieb des Ringes
Berlin W 8, Pariser Platz 3

Werben

Sie für das

GEWISSEN

Zu beziehen durch jede Postanstalt und im
Buchhandel

Probenummern durch den Verlag
Bezugsbedingungen monatlich

1.— RM

Jungkonservativer Klub

Dienstag, den 20. Novbr., abends 8½ Uhr

Edward Hermans:

Flanderns Kampf um Selbstbehauptung.

Die Veranstaltung findet im Institut für Grenz- und
Auslandsstudien, Steglitz, Brunenwaldstr. 15, statt.